

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

11.09.2023

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schrifführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 24.08.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:20 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der 13. Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demograifie und Gleichstellung von Frau und Mann am 01.06.2023**
0403/2023
- 4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**
0419/2023
- 7 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7.1 Wahl der/des Vorsitzenden des Integrationsrates**
0387/2023
- 7.2 Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Inklusionsbeirat**
0388/2023
- 7.3 Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den ASWDG**
0410/2023
- 7.4 Einbürgerungsfeier für neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger**
0411/2023
- 8 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung**
0404/2023
- 8.1 Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach: Begründung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in der Bundes- und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros**
0342/2023
- 8.2 Aufgabenwahrnehmung zur Landesseniorenvertretung NRW**
0354/2023
- 8.3 Handlungskonzept: "Lebenswerte und seniorenrechtliche Stadt Bergisch Gladbach"**
0352/2023
- 9 Projekt "Aufsuchende Hilfen Innenstadt"**
0347/2023
- 10 Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach**
0382/2023
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der 13. Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Gabriele von Berg eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren bittet Sie um die Erweiterung der Tagesordnung um eine Tischvorlage unter Punkt N6 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Es wurde der folgende **Beschluss** gefasst:

Der Erweiterung um Tagesordnungspunkt N 6 „Vergabe von Bewachungsdienstleistungen in einer städtischen Unterkunft“ im nichtöffentlichen Teil wird zugestimmt.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau von Berg erfragt, ob es zur Niederschrift – öffentlicher Teil – Einwände, Anmerkungen oder Ergänzungen gebe. Die gab es nicht und somit gilt der öffentliche Teil der Niederschrift zur Sitzung vom 01.06.2023 als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 01.06.2023 0403/2023

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau von Berg teilt mit, dass die Sitzungstermine für den Ausschuss in 2024 noch nicht abschließend feststehen und deshalb erst in der nächsten Sitzung des ASWDG bekannt gegeben werden können

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig teilt mit:

1. Die offene Sprechstunde des Seniorenbüros muss zurzeit aus personellen Gründen entfallen. Selbstverständlich bleiben die Mitarbeitenden telefonisch und schriftlich für Fragen und Absprachen erreichbar.

2. Im Rahmen der InHK-Maßnahme „Lokal Leben“ ist der Aufbau eines temporären Bürgerzentrums an die Kreativitätsschule vergeben worden. Ab September wird die Krea in den Räumen des ZAK, Reginharstraße, mit dem Aufbau einer konzeptionellen Phase zur Anpassung des Raumprogramms beginnen und auch die Räume einrichten. Der Quartierstreff soll für die

nächsten drei Jahr für die Menschen im Wohnpark für Kunst, Kultur, Treffen etc. zur Verfügung stehen.

Des Weiteren stellt Herr Tillmann dem Ausschuss Herrn Droege vor, der als neuer Sachgebietsleiter der Abt. Integration und sozialräumliche Netzwerkarbeit angestellt wurde. Herr Droege arbeitet seit Mai bei der Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Droege teilt mit, dass er die Arbeit in der Verwaltung spannend finde, da er bisher auf der „anderen Seite“ nämlich bei einem freien Träger der Katholischen Jugendagentur als Geschäftsführer angestellt war.

Frau von Berg heißt Herrn Droege im Namen des ASWDG herzlich willkommen und freut sich auf die Zusammenarbeit.

6. Gleichstellungspolitische Informationen

0419/2023

Frau Klaßen nimmt Bezug auf den druckfrischen Gleichstellungsplan, der auf den Tischen verteilt wurde und bedankt sich im Ausschuss, dass er mit allen Zielen beschlossen wurde.

Des Weiteren nimmt Frau Klaßen Bezug auf die Vorstellung der neuen Leiterin des Frauenhauses im Ausschuss. Aus terminlichen Gründen ist dies in diesem Jahr nicht mehr möglich. Anfang des neuen Jahres wird sich die Leitung zusammen mit der Vorsitzenden des Trägervereins Frauen stärken Frauen e.V. im Ausschuss vorstellen und Fragen beantworten.

Die Aktionen der Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen werden in der nächsten Sitzung im Einzelnen vorgestellt.

Des Weiteren bittet Frau Klaßen um ein Votum, ob es gewünscht sei, den Trailer zu ASS (Anonyme Spuren-Sicherung), der zurzeit produziert werde, dem Ausschuss vorzustellen. Dazu besteht großes Interesse der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

7.1. Wahl der/des Vorsitzenden des Integrationsrates

0387/2023

Frau von Berg teilt zur Vorlage mit, dass Herr Krasniqi, wie bereits in der letzten Sitzung des ASWDG mitgeteilt, vom Vorsitz des Integrationsrats zurückgetreten ist und nun als Mitglied der SPD im Rat der Stadt Bergisch Gladbach sitzt. Daher musste ein neuer Vorsitzender für den Integrationsrat gewählt werden.

Der neue Vorsitzende Herr Redouan Tollih saß als Gast in der Ausschusssitzung, da er noch vom Rat im Amt bestätigt werden muss.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den Inklusionsbeirat

0388/2023

Frau von Berg teilt mit, dass der Integrationsrat in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, Herrn Michael Bochniczek in den Inklusionsrat zu entsenden.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 24.08.2023 beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Integrationsrat entsendet Herrn Michael Bochniczek in den Inklusionsbeirat.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

7.3. Entsendung eines Integrationsratsmitglieds in den ASWDG
0410/2023

Frau von Berg merkt an, dass wir hier die Entsendung in den Ausschuss nicht nur zur Kenntnis nehmen können, sondern, dass die Vorlage eigentlich im Rat behandelt werden muss. Aus diesem Grund wird eine Beschlussempfehlung des ASWDG an den Rat gegeben.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 24.08.2023 beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Integrationsrat entsendet Herrn Rendouan Tollih in den ASWDG.

Die Beschlussempfehlung erfolgt einstimmig.

7.4. Einbürgerungsfeier für neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger
0411/2023

Herr Krasniqi teilt mit, dass der Antrag nur zur Kenntnis genommen werden müsse, da in der letzten Sitzung des Integrationsrates beschlossen wurde, den Antrag zurückzustellen.

Der Antrag soll erneut mit Änderungen und Anregungen durch die Mitglieder des Integrationsrates und der Verwaltung in einer neuen Vorlage eingebracht werde. Diese würde dann im ASWDG vorberaten und im Rat beschlossen werden.

Frau Dr. Rieband erfragt, ob bekannt sei, wie hoch die Kosten für eine solche Einbürgerungsfeier seien und, ob es nicht ausreiche, die Urkunde im feierlichen Rahmen zu überreichen.

Herr Hildner merkt dazu an, dass er diese Feierlichkeit sehr begrüße, weil sich die eingebürgerten Personen so eher als respektierte deutsche Staatsangehörige fühlen könnten. Dieser Wunsch sollte nicht an einem „geringen“ Geldbetrag scheitern.

Herr Krasniqi schließt sich vollumfänglich den Worten von Herrn Hildner an. Die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, sei in erster Linie Ausdruck, sich den Werten der demokratischen Gesellschaft anzuschließen und mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen. Dies durch einen feierlichen Akt einer Willkommenskultur wertzuschätzen halte er für wichtig. Die Einbürgerung als solche sei ein Verwaltungsakt, der beim Rheinisch-Bergischen Kreis liege. Dort gebe es lediglich einen Handschlag bei der Übergabe der Urkunde.

Auch Frau Stauer und Frau Holz-Schöttler schließen sich des positiven Effektes einer solchen Feierlichkeit an.

Herr Migenda teilt für die Verwaltung mit, dass auch diese eine Einbürgerungsfeier sehr begrüße. An Frau Dr. Rieband stellt er die Frage, ob es einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung gebe.

Frau Dr. Rieband teilt dazu mit, dass Sie lediglich darum bitte, die Kosten für eine solche Veranstaltung gut im Blick zu halten.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

8. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung

0404/2023

Frau Kerstin Räthel wird als stellvertretende Schriftführerin im Seniorenbeirat benannt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1. Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach: Begründung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in der Bundes- und in der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros

0342/2023

Frau Dr. Rieband teilt mit, dass sie eine kostenlose Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft vorerst für ausreichend halte. Sollte sich im Laufe der Zeit herausstellen, dass dies nicht reiche, können man immer noch der Bundesarbeitsgemeinschaft beitreten. Der Beitritt sei kostenpflichtig.

Frau Klupp weist darauf hin, dass der ASWDG der Fachausschuss sei, in dem sozial gehandelt werden müsse.

Frau von Berg teilt als Mitglied des Ausschusses mit, dass eine Bundesarbeitsgemeinschaft etwas ganz anderes sei als eine Landesarbeitsgemeinschaft. Die Bundesarbeitsgemeinschaft habe den großen Vorteil der bundesweiten Vernetzung. Dies sei durch eine Landesarbeitsgemeinschaft nicht leistbar. Sie halte den Betrag von 150,00 € für den Beitritt zur Bundesarbeitsgemeinschaft im Gegenzug zum Mehrwert für unbedingt vertretbar. Deshalb könne sie der Verwaltung nur empfehlen, der Bundesarbeitsgemeinschaft beizutreten. Dies lohne sich unbedingt, da man viele Dinge nicht mehr erarbeiten müsse, weil sie bundesweit bereits irgendwo erarbeitet wurden.

Frau Hellwig teilt ergänzend mit, dass der Antrag aus dem Kollegium des Seniorenbüros an sie herangetragen wurde. Das Seniorenbüro habe die Absicht sich konzeptionell neu aufzustellen und könne dabei aus den Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften viele Impulse nutzbar machen.

Auch Frau Stauer schließt sich der Meinung an, sich beiden Arbeitsgemeinschaften anzuschließen, da die Arbeit sehr komplex geworden sei und daher eine Vernetzung immer wichtiger werde.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 24.08.2023 beschlossen, dem Hauptausschuss folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Stadt Bergisch Gladbach begründet eine Mitgliedschaft in der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros.

Die Beschlussfassung erfolgte mehrheitlich mit einer Gegenstimme der FDP.

8.2. Aufgabenwahrnehmung zur Landesseniorenvertretung NRW

0354/2023

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 24.08.2023 beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Frau Gitschier-Piepenbrock wird im Namen des städtischen Seniorenbeirats als Vertreterin des Beirats in die Landesseniorenvertretung NRW entsandt.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

**8.3. Handlungskonzept: "Lebenswerte und seniorengerechte Stadt Bergisch Gladbach"
0352/2023**

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in seiner Sitzung am 24.08.2023 beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt das Seniorenbüro mit der Erstellung eines Handlungskonzepts für den Zeitraum 2025 – 2030
2. Er stimmt der, in dieser Vorlage beschriebenen Umsetzung des Planungsprozesses zu.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

**9. Projekt "Aufsuchende Hilfen Innenstadt"
0347/2023**

Frau Klupp äußert den Wunsch, die beiden Streetworkerinnen aus dem Projekt „Aufsuchende Hilfen Innenstadt“ in den Ausschuss einzuladen, um sich dort einmal vorzustellen. Da der Wunsch allgemeine Zustimmung fand, wird der Verwaltung der Auftrag erteilt:

Die beiden Streetworkerinnen aus dem vorgenannten Projekt in den Ausschuss einzuladen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**10. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten in Bergisch Gladbach
0382/2023**

Frau Engelberth teilt zur Vorlage mit, dass sich die aktuellen Zahlen kaum von denen in der Vorlage unterscheiden.

Gesamtkapazitäten städtische Unterkünfte	1279
untergebrachte Personen	1134

davon 472 Kriegsvertriebene aus der Ukraine und 662 Flüchtlinge anderer Nationalitäten.

Zurzeit sind drei minderjährige Flüchtlinge in der Hermann-Löns-Halle untergebracht, die vom Jugendamt betreut werden. Leider werden wir den Platz nicht mehr zur Verfügung stellen können, so dass das Jugendamt sich um eine andere Lösung bemühen muss, weil es in den städtischen Unterkünften sehr eng wird.

Was die Zuweisungsquote betrifft, liegen wir bei einer Untererfüllung von 515 Personen. Der Stadt Bergisch Gladbach wurden seit März 44 Personen zugewiesen. Es handelt sich dabei um Personen, die einen Status haben, z. B. als Asylberechtigte, Personen mit subsidiären Schutzstatus, also Geflüchtete aus Staaten, wie Syrien und der Türkei, afghanische Ortskräfte oder auch der Zuzug durch Familienangehörige. Zurzeit werden auch wieder Spätaussiedler zugewiesen.

Bei der FLüAG-Quote befinden wir uns nur knapp unter der Erfüllungsquote. Trotzdem wurden uns seit Ende Juli 11 Personen zugewiesen.

Im Obdachlosenbereich liegen die Zahlen bei 150 Plätzen

davon belegt

139 Plätze.

Auch wenn es bei den Zahlen so aussähe, als wäre die Situation entspannt, muss man leider sagen, dass fast alle Plätze belegt sind, weil durch Personen mit psychischen Erkrankungen eine Doppelbelegung der Zimmer nicht erfolgen kann.

Frau Hellwig ergänzt zur Situation der Flüchtlingsunterbringung, dass immer weiter versucht wurde, Wohnungen oder andere Unterbringungsmöglichkeiten zu finden um die Personen nicht in Sporthallen unterzubringen.

Die Bezirksregierung hat die Kommunen dahingehend informiert, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen geleert werden müssen und die Kommunen deshalb mit weiteren Zuweisungen zu rechnen haben. Diese Zuweisungen können von den Kommunen nicht abgelehnt werden.

Herr Migenda weist noch einmal auf die prekäre Situation hin, mit der sich die Stadt zurzeit auseinandersetzen müsse. Alle müssen mit den bestehenden Ressourcen zurechtkommen. Die Einzelthemen, die immer wieder besprochen werden, müssen in ihrer Gesamtheit gesehen werden. So könne z. B. in der Jakobstraße bisher keine dringend benötigte Kita gebaut werden, weil die Einrichtung bisher für Flüchtlinge benötigt wird. Der Feuerwehr müsse dringend die Hermann-Löns-Halle übergeben werden, damit sie ihre Arbeit vollumfänglich ausüben kann. Für Grundstücke, die im Zugriff der Stadt sind, bestehe entsprechendes Planungsrecht. Finanzielle und personelle Mittel stehen nicht so zur Verfügung, wie sie dringend benötigt würden. Trotzdem sei es mit vereinten Kräften durch Verwaltung, Politik und Bürgerschaft bisher gelungen, gute Lösungen zu finden. So sei auf dem Car-Park-Gelände ein zweiter Flügel zur Unterbringung von ukrainischen Kriegsvertriebenen gerade fertiggestellt worden. Ob es weiterhin möglich ist, Turnhallen freizuhalten, ist ungewiss.

Frau Holz-Schöttler fragt noch einmal nach den drei unbegleiteten Minderjährigen, die zurzeit in der Hermann-Löns-Halle untergebracht seien. Wo kommen die Kinder hin, wenn sie aus der Einrichtung genommen werden müssen?

Frau Engelberth teilt dazu mit, dass es sich um drei 17jährige Jungen handeln würde. Diese werden vom Jugendamt betreut. Sie wurden bisher noch in keiner Einrichtung des Jugendamtes untergebracht, weil auch dort alle Plätze belegt sind. Wenn die Minderjährigen nun aus der Halle ausziehen müssen, muss das Jugendamt eine andere Unterbringungsmöglichkeit suchen.

Frau Opiela weist darauf hin, dass auch die Ehrenamtlichen am Limit sind. Auch hier werde seit 2015 unermüdlich gearbeitet.

Frau Stauer teilt dazu mit, dass immer mehr Aufgaben im sozialen Bereich von ehrenamtlichen Kräften übernommen werden. Darauf müsse die Politik bei Land und Bund immer wieder hingewiesen werden. Das Ehrenamt ist der Kitt der Gesellschaft, dies komme in der Wahrnehmung immer zu kurz. Das Ehrenamt könne nicht die Probleme lösen, die an anderer Stelle nicht gelöst werden.

Herr Cremer fragt nach, wann das Limit erreicht sei, Flüchtlinge aufzunehmen und was die Verwaltung für diese Situation plane?

Herr Migenda teilt dazu mit, die Frage sei eher, was plane die Politik, um die Situation nicht eskalieren zu lassen.

Herr Dettmar stellt an Frau Opiela die Frage, in welchem Bereich die meisten Ehrenamtler benötigt werden.

Dazu teilt Frau Opiela mit, dass Ehrenamtler mittlerweile in allen Bereichen fehlen würden. Bei der Unterbringung, den Behördengängen, den Deutschkursen etc. Viele haben in der Flüchtlingssituation 2015 bereits mit dem Ehrenamt begonnen und diese Personen seien mittlerweile einfach müde geworden.

Frau Stauer weist darauf hin, dass in ländlichen Regionen durchaus noch Platz zur Verfügung stehen, aber durch die schlechte Anbindung an den ÖPNV dort niemand hinziehen möchte. Hier müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Abschließend dankt die Vorsitzende Frau von Berg der Verwaltung und dem Ehrenamt für die gute Arbeit die hier in Bergisch Gladbach geleistet werde. Dies sehe in anderen Regionen ganz anders aus.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anträge der Ausschussmitglieder vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18.05 Uhr geschlossen.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

gez. Gabriele von Berg
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung